

# ¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 691

Mittwoch, 30. Oktober 2019

26. Jahrgang

## Inhaltsverzeichnis

75 Jahre Revolution vom 20. Oktober 1944.....	1
Persönlicher Einstieg der ¡Fijáte!-Reaktion.....	1
Rückblick (von der Redaktion von Republica).....	1
Offizielles Amtsblatt: Auf den Strassen, um 75 Jahre Oktoberrevolution zu gedenken.....	3
Ein Marsch wird dem 75. Jahrestag der Oktoberrevolution gedenken.....	3
Neue Regierung: Militärs ‚besetzen‘ das Innenministerium (also: die künftigen Posten).....	3
Die Zahl der Morde geht leicht zurück, aber die von Erpressungen steigt dramatisch.....	4
Liliana Hernández: Mein Beitrag ist ein Maiskorn, Teil 2: Die Kandidatin der Winaq.....	5

## 75 Jahre Revolution vom 20. Oktober 1944

### Persönlicher Einstieg der ¡Fijáte!-Reaktion

Der **¡Fijáte!**-Redakteur Stephan Brües kam am 14.10.1994, also vor 25 Jahren, zum ersten Mal in Guatemala an. Eine Woche später waren Demonstrationen auf den Strassen der Hauptstadt und am Präsidentenpalast, um an den damals 50. Jahrestag der Revolution von 1944 zu erinnern. Ein Nationalfeiertag in Guatemala. Zitat aus seinem Tagebuch vom 20.10.1994:

"Auf dem Platz vor dem Präsidentenpalast Demonstrationen der Volksbewegungen, Gewerkschaften etc. zum 50. Jahrestag der Revolution von 1944 (...). Eine Gruppe Vermummter hängte plötzlich ein über die Strasse gespanntes Transparent einer "Gruppe für den Frieden" (des Militärs!) ab und verbrannte es schliesslich vor den Augen der Polizei, die nicht einschritt. Anfangs sassen nur einige Hungerstreikende auf dem Platz vor der Kathedrale, um auf die Verletzung der Menschenwürde durch das Ejército aufmerksam zu machen. Dann kamen immer mehr Leute mit Transparenten, und "Viva la Revolución de 1944"-Rufen zusammen. Ich schoss – nach anfänglichem Zögern – erste Fotos. Schliesslich redeten u.a. Rosalina Tuyuc (CONAVIGUA), Rigoberta Menchú, eine Gruppe Studierender von der AEU, einige Maya-Priester aus Jalapa. Die RückkehrInnenorganisation CCPP (*über die ich meine Diplomarbeit schrieb, S.B.*) und die Gemeinden im Widerstand CPR waren auch da. Endlich hörte der Regen auf und ziemlich durchnässt ging ich (...)  
nach Hause (...)."

Ich las dann einiges über die Revolution von 1944, vor allem durch die Autobiografie von Alfonso Bauer Paiz, der Wirtschafts- und Arbeitsminister in jenen zehn Jahren war, die einzigen Jahre – so könnte man etwas pathetisch sagen - in denen sich die Regierung tatsächlich ernsthaft um das Wohlergehen der gesamten Bevölkerung kümmerte.

Im Folgenden ein Rückblick der Redaktion von Republica und zwei Berichte über die Demonstrationen am Nationalfeiertag durch die sozialen Bewegungen des Landes, eine von dem Amtsblatt Diario Centroamericano und eines von El Periódico.

### Rückblick (von der Redaktion von Republica)

**Guatemala, 17. Oktober** – Auch wenn uns das Guatemala Mitte des 20. Jahrhunderts fern zu sein scheint: Viele unsere Urgrossväter und Grossväter haben sich politisch engagiert, um ein anderes Land entstehen zu lassen. Sie waren die schlechten Regierungen und Diktatoren Leid. So war z.B. Estrada Cabrera 22 Jahre lang, von 1898 bis 1920, an der Macht.

Ricardo Asturias erklärte auf einem Forum des Museums Popol Vuh in der Universität Francisco Marroquín, dass Guatemala durch Cabrera zum Stillstand kam. "Die, die ihm folgten, wollten ihre eigene Macht sichern. Alle versicherten dies, aber Jorge Ubico war derjenige, der es schaffte", sagte er und bezog sich auf dessen 14-jährige Präsidentschaft zwischen 1930 und 1944. Viel ist über die negativen Aspekte der Diktatur von Ubico gesagt worden. Zum Beispiel, dass er eine Legislativversammlung zu seinen Diensten schuf und seine Angehörigen in die höchsten Ämter der Verwaltung kommen liess. Er schränkte die Freiheiten der BürgerInnen ein, die in all ihren Aktivitäten überwacht wurden.

“Wir waren Studierende, aber es gab keine Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Wir konnten bestimmte Bücher nicht bekommen, weil viele verboten waren. Wir haben uns mit der Diktatur arrangiert, wir spürten den Druck überall”, erinnert sich Asturias. “Es gab keine Kriminalität, weil die Leute Angst hatten, aber es gab eben auch keine Freiheiten”, sagte er weiter. Eine Druckwelle entstand im Jahr 1944. “Wir mussten etwas tun, so ging es nicht mehr weiter. Die Jugend spielte eine wichtige Rolle in der Revolution”, unterstrich er.

Im Juni 1944 gab es erste Proteste, insbesondere von UniversitätsdozentInnen und ProfessorInnen, die Ubico im Juli dazu brachten, zurückzutreten. An dessen Stelle traten Eduardo Villagrán Ariza, Federico Ponce Vaidés und Buenaventura Pineda. Später blieb Ponce alleine an der Macht, weswegen sich die Revolution vom 20. Oktober gegen ihn richtete.

### **Die Leute sagten: “Es ist genug!”**

María del Rosario Valenzuela schrieb in ihrem Buch «Warum mit Waffen? Von den Mayas bis zum Aufstand in Guatemala», dass die revolutionäre Junta von 1944 von der Bewegung des 20. Oktober gebildet wurde. Dies waren Jacobo Árbenz, der Verteidigungsminister unter der Präsidentschaft von Arévalo werden würde und später Präsident; Francisco Javier Arana, der das Amt des Chefs der Streitkräfte haben würde, und der progressive Unternehmer Jorge Toriello, der das Land zwischen dem 20. Oktober 1944 und dem 15. März 1945 führte. Diese Regierung einigte sich auf wichtige politische und administrative Reformen, um das Land zu verändern, zu sanieren und zu entwickeln. Laut der historischen Dokumente der Cinemateca Universitaria Enrique Torres, gingen am 26. Oktober 1944 mehr als 100.000 Guatemalteken auf die Strasse, um für die Revolution zu demonstrieren (das war sehr viel, denn das Land hatte damals nur 2.368.662 EinwohnerInnen). Darunter waren die verschiedensten Personen aus allen sozialen Schichten und sogar von jenen, die bisher an der politischen Betätigung gehindert wurden, die guatemaltekenischen Frauen.

### **Es war eine grosse Veränderung**

Valenzuela benannte als einige der unternommenen Aktivitäten, dass die veraltete Nationalversammlung aufgelöst, die Gesetze abgeschafft wurden, die diktatorisch waren und sich gegen die Bevölkerung richteten, dass die verhasste Geheimpolizei des Ubico-Regimes gesäubert und durch eine Zivilgarde ersetzt wurde. Die Spitzen der Streitkräfte wurden erneuert. Eine konstituierende Versammlung wurde einberufen und neue Abgeordnete für den Kongress und die Verfassungsgebende Versammlung gewählt. Laut Chroniken aus jener Zeit reagierten die BürgerInnen enthusiastisch auf die Möglichkeit der freien Wahlen – sowohl bei den Kongress- wie den Präsidentschaftswahlen. So gingen sie im Dezember dieses historisch bedeutsamen Jahres 1944 in Massen zu den Wahlurnen.

Valenzuela berichtete, dass kaum eineinhalb Monate nach dem Sturz Ubicos zehn politische Parteien und neun PräsidentschaftskandidatInnen vorhanden waren. Die wichtigsten Parteien waren die Radikale Liberale Partei von Ubico (PRL), die Befreiungsvolksfront (FPL) und die Partei der Nationalen Erneuerung (PRN). Die beiden letzten Parteien schlossen sich um den Präsidentschaftskandidaten Juan José Arévalo zusammen.

Die Politische Verfassung, die aus der Revolution vom 29. Oktober 1944 erwuchs, wurde von der Revolutionären Junta am 13. März 1945 bestätigt und trat zwei Tage später in Kraft. Zugleich begann die Amtszeit des mit 85 % der Stimmen gewählten Präsidenten Juan José Arévalo. Laut Valenzuela hatte die Verfassung demokratische, revolutionäre und nationalistische Züge und wurde von der mexikanischen und der republikanischen Verfassung Spaniens (aus den 1930er Jahren) inspiriert.

### **Die Prinzipien**

Das Gesetz Nr. 17 vom 28. November 1944 erklärte die grundlegenden Prinzipien der Revolution vom 20. Oktober. Mit einer Ausnahme wurden alle diese Prinzipien in die neue Verfassung überführt, die bis 1954 in Kraft war.

Die zehn Prinzipien waren die folgenden:

- I) Die Dezentralisierung der Exekutive und der Staatsverwaltung
- II) Die Abschaffung der Ernennung eines Präsidenten und Ersetzung durch einen Vizepräsidenten
- III) Der Machtwechsel, Abschaffung einer Wiederwahl und die Anerkennung des Rechtes des Volkes, Widerstand zu leisten, wenn dieses Prinzip nicht gilt;
- IV) Die Verabschiedung einer neuen Verfassung und die Reform der Streitkräfte
- V) Die demokratische Organisation der Landkreise durch Wahlen durch die Bevölkerung
- VI) Die wirkliche Unabhängigkeit der Justiz
- VII) Die Autonomie der Nationalen Universität
- VIII) Die verfassungsrechtliche Anerkennung demokratischer politischer Parteien
- IX) Die Wahlpflicht und die geheime Abstimmung für AlphabetInnen und die Wahlpflicht und öffentliche Abstimmung für AnalphabetInnen für Landkreiswahlen. Anerkennung der Bürgerrechte für Frauen, die in der Lage sind, diese wahrzunehmen. (*Prinzip IX ist natürlich frauenfeindlich. Allerdings waren auch an politisch führender Stelle kaum Frauen vorhanden. d.Red.*)
- X) Eine effektive, rechtschaffene Verwaltung.

Wie wir sehen können, stärken diese Prinzipien den republikanischen Staat, der den individuellen oder grundlegenden Rechten Vorrang einräumt, da er die individuelle Freiheit und die Meinungsfreiheit mit Verantwortung und Ethik privilegiert. Auch sind in diesen republikanischen Prinzipien die Rechtsstaatlichkeit und die aktive Staatsbürgerschaft, die bürgerlichen Werte und die Opposition gegen die Korruption festgeschrieben, um die Ausübung der öffentlichen Macht zu begrenzen, sowie die Verteilung der Macht und Souveränität der staatlichen Stellen.

## Offizielles Amtsblatt: Auf den Strassen, um 75 Jahre Oktoberrevolution zu gedenken

**Guatemala, 20. Oktober** - Tausende GuatemalteKInnen versammelten sich an verschiedenen Punkten der Hauptstadt, um an dem Marsch teilzunehmen, der an den Gedenktag für die Revolution von 1944 erinnert. Der Marsch begann um 9 Uhr am Trébol in Zone 11, passierte die Avenida Bolívar, bis zum Platz El Amate und anschliessend die Promenade zur Sechsten Avenida und endete gegenüber dem Nationalen Kulturpalast am Platz der Verfassung in Zone 1. Der Aufruf wurde von sozialen Vereinigungen, Studierenden, Organisationen von BäuerInnen und Gewerkschaften getragen.

### Erfolge

In 75 Jahren gab es signifikante positive Veränderungen und Fortschritte für Guatemala, etwa die politische und soziale Transformation, die das Übergangs-Regime von Federico Ponce Vaides nach 108 Tagen abschloss. Damit beendete es die Epoche der Diktatoren in diesem Land.

Diese Bewegung markierte ein Davor und Danach in der guatemalteKischen Geschichtsschreibung. Einige der Erfolge der Revolution von 1944 sind noch immer in Kraft: das Recht auf Gewerkschaftsarbeit, Streiks und Blockaden, die Entschädigung von Arbeitern, die ohne triftigen Grund entlassen werden, und die Anerkennung von Privateigentum.

Auch die Gründung des GuatemalteKischen Instituts für Soziale Sicherheit, das Wahlrecht für Frauen, das Wahlrecht für AnalphabetInnen, Währungsreformen, Bildungsreformen, die Autonomie der Universität San Carlos und der Bau des Olympischen Dorfes, usw.

## Ein Marsch wird dem 75. Jahrestag der Oktoberrevolution gedenken

**Guatemala, 20. Oktober** – GuatemalteKInnen fordern im Aufruf zum Gedenkmarsch für die Oktoberrevolution vor 75 Jahren Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen und lehnen die Politik der Regierung von Jimmy Morales ab.

Etwa 3.000 GuatemalteKInnen marschierten diesen Sonntag, um bessere Arbeitsbedingungen einzufordern und alle drei Gewalten des Staates zu kritisieren. Sie erinnerten daran, dass die Revolution von 1944 soziale und demokratische Errungenschaften geschaffen habe.

Auf Transparenten, mit Trillerpfeifen und Ansprachen sprachen sie sich gegen die Korruption und für eine staatliche Politik aus, die den ArbeiterInnen dient. So legten sie vier Kilometer zwischen Trébol und dem Platz der Verfassung in der Altstadt zurück. Einige Parolen auf dem friedlichen Marsch waren: “Wenn es keine Gerechtigkeit für das Volk gibt, wird es keine Ruhe für die Regierung geben”; “Diese Regierung hat das Bild, das Prestige, das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit Guatemalas zerstört”; “Wir fordern von dieser Regierung eine Gehaltserhöhung für 2020”; “Die Funktionäre der drei Gewalten des Staates sind: LügnerInnen, ZynikerInnen, Doppelmoral”.

Offizielle Zahlen besagen, dass die Kosten für einen Haushalt – inklusive Nahrung, Wohnung, Transport, Bildung, Gesundheit und Freizeit – ungefähr 1.100 Dollar beträgt, eine Zahl, die den Mindestlohn in Guatemala, der je nach Arbeitsbereich zwischen 368 und 400 Dollar liegt, um ein vielfaches übersteigt.

Die DemonstrantInnen konzentrierten sich in ihren Reden auf die Politik von Jimmy Morales, der mit einer unterirdischen Zustimmungquote im Volk im Januar sein Amt abgibt.

Die Revolution von 1944 war eine zivil-militärische Bewegung, die dem Regime von Diktator Jorge Ubico, der von 1931 an regierte, ein Ende bereitete und die ersten freien Wahlen im Land organisierte, die zur Präsidentschaft von Juan José Arévalo (1945-51) und Jacobo Árbenz (1951-54) führte. Die revolutionäre Periode endete abrupt durch eine Geheimoperation der USA, angeführt von Oberst Carlos Castillo Armas. Dieser wurde wiederum am 26. Juli 1957 erschossen. (El Periódico)

## Neue Regierung: Militärs ‚besetzen‘ das Innenministerium (also: die künftigen Posten)

**Guatemala, 24. Oktober** – Der gewählte Präsident, Alejandro Giammattei, hat über seinen Berater für Sicherheitsfragen, Roy Dedet Casprowitz, bekannt gegeben, welche Personen in seinem Kabinett für die innere Sicherheit zuständig sein werden im Innenministerium, im Nationalen Rat für Sicherheit, beim Geheimdienst und der Migrationsabteilung. Dedet ist Brigadegeneral und Kampfpilot, war Pilot des FRG-Präsidenten Alfonso Portillo (wurde deshalb im Prozess wegen des Mordes an Bischof Gerardi als Zeuge benannt) und zuvor Chef der Beschaffungsabteilung im Präsidialamt unter Präsident Álvaro Arzú.

Innenminister soll – laut einem Video, das in sozialen Netzwerken kursierte und bei einem Treffen in El Salvador aufgenommen wurde – General Edgar Godoy Samayoa werden. Er gehört zum selben militärischen Jahrgang wie ex-Präsident Otto Pérez Molina und zu seinem engen politisch-militärischen Umfeld. Er war stellvertretender Chef des Generalstabes, bis er 1993 ausschied. Von 2008 bis 2012 war er in der Kommunalverwaltung von Guatemala Stadt für Beschaffungsfragen zuständig.

Erster Staatssekretär werde Edgar Helmer Aguilar Moreno (ehemals Polizeikommissar und Mitglied der Partei PAN) und Luftwaffen- Oberst Mario Castañeda Serrano Staatssekretär für die Bekämpfung des Drogenhandels. Er war innerhalb der Streitkräfte Subdirektor im Anti-Drogenkampf.

Die Ingenieurin Débora Meza Orellana sei als Staatssekretärin für Technologie im Innenministerium vorgesehen. Sie hatte zuvor u.a. in der Steuerbehörde SAT und in dem IT-Unternehmen DMG gearbeitet.

Die Anwältin Claudia Haydee Díaz León, zuletzt Beraterin in der IT-Abteilung des Innenministeriums, werde Staatssekretärin für Gewalt- und Verbrechensprävention. Guillermo Díaz sei als Generaldirektor für Migrationsfragen nominiert. Julio Antonio Reyes Sagastume sei für den Posten als Chef des Geheimdienstes vorgesehen und sein Subsekretär werde Julio Roberto Hernández Chávez sein. Reyes hatte eine Beratungsfirma für Krisenkommunikation, strategische Planung und Hernández war unter Präsident Berger Chef der Polizei und musste nach einer missglückten Geiselnbefreiung mit fünf Toten zurücktreten.

Schliesslich seien die Posten im Nationalen Rat für Sicherheit mit Victor Frank als Leiter besetzt. Zwei weitere Generäle, Edgar Eduardo Soto Estrada (zumeist in der Finanzabteilung der Streitkräfte tätig, aber auch als Brigadechef einer Spezialeinheit) und Ronald Mauricio Illescas Garcia (ex-Chef des Generalstabes unter Präsident Álvaro Colom) erhalten Posten als Berater in diesem Rat.

Für die Sicherheitsstrategie soll der aktuelle Vorsitzende des Politischen Rates der (dann-)Regierungspartei VAMOS, Major Gustavo Díaz López zuständig sein. Díaz López wurde 1988 wegen Umsturzversuchs gegen Vinicio Cerezo verhaftet und schrieb mehrere Bücher über den Bürgerkrieg.

Als Hauptziele der Sicherheitspolitik nennt der letztgenannte Kampf gegen den Drogenhandels, Rückeroberung des nationalen Territoriums, Zusammenarbeit mit den anderen Staaten des Dreiecks des Nordens bei der Verfolgung von Verbrechern, Waffen- und Drogenhandel sowie Erpressungen. (La Hora / El Periódico / La Republica)

Gleich fünf hohe Militärs sind damit – bleibt es bis Januar so – in der neuen Regierung versammelt. Die Zeitschrift Republica kommentiert: Einige Militärangehörige, die von República befragt wurden, bestätigten, dass hier die Hardliner antreten, die hochqualifiziert in Fragen der strategischen Sicherheit seien. Es gebe enge Verbindungen zur sog. „Bruderschaft“, einer Gruppe von besonders intelligenten Militärangehörigen, die die verschiedensten Institutionen infiltriert haben. „In ihrer Zeit“ - also während des Bürgerkrieges - „hätten sie gut gearbeitet“, weil diese elitäre Gruppe bei allem, was passierte, mitmischte, versicherten die Quellen.

## Die Zahl der Morde geht leicht zurück, aber die von Erpressungen steigt dramatisch

**Guatemala, 26. Oktober** – Nach einem Bericht des Zentrums für nationale wirtschaftliche Studien (CIEN), haben die Anzeigen wegen Erpressung um 37 % gegenüber dem September des vergangenen Jahres zugenommen. Von Januar bis September 2018 wurden gegenüber der Staatsanwaltschaft (MP) 6.575 Anzeigen wegen Erpressung gestellt, in demselben Zeitraum 2019 waren dies 10.478 Fälle, also über 3.900 mehr. Laut CIEN lag damit die Zahl der Erpressungen im September bei 70,8 pro 100.000 EinwohnerInnen, während sie 2018 bei 40,9 lag. Der Index der Eigentumsdelikte (also Erpressung, Diebstahl von Autos und Motorrädern, Lieferwagen und Einbrüche in Wohnungen) ist im ganzen Land um 0,1% gestiegen.

Jedoch sind die Delikte gegen Personen (Mord, Entführungen, Vergewaltigungen und Körperverletzung) um 1,9% gesunken. Die Mordrate pro Monat liegt nicht über 300. Die Zahlen des Nationalen Instituts für Forensische Wissenschaften, der Polizei und der MP zeigen eine rückläufige Tendenz auf nationaler Ebene, sagt die Organisation Diálogos.

### Die fünf gewalttätigsten Departements

Das Land insgesamt hat einen Rückgang der Mordrate um 6%, aber in fünf Departements ist dieser Wert gestiegen. Am stärksten stieg die Zahl der Morde in Sacatepéquez von 27 auf 48 Morde, ein Anstieg um 41 %. In Escuintla wuchs die Zahl der Morde um 24% auf 60 Morde. Im Departement Guatemala stieg die Zahl der Morde von 1.133 (September 2018) auf 1.151 (September 2019), ein Zuwachs um 2%. Höhere Mordraten gab es auch in Zacapa (um 13%) und Chiquimula (um 10%).

Rückläufig waren die Zahlen im Petén, 60 Morde weniger als im Jahr zuvor (-33%); Quetzaltenango, 32 Morde weniger (-24%) und in Chimaltenango, 26 Morde weniger (-30%).

### Das ist aber noch kein wirklicher Fortschritt

Trotz des Rückgangs der Mordgewalt steht Guatemala nach Angaben der UN-Einheit gegen Drogen und Verbrechen (ONUDD) noch immer auf Platz 10 der Liste der gewalttätigsten Länder der Welt. Die Gewaltrate liegt niedriger als in den anderen zentralamerikanischen Staaten des nördlichen Dreiecks (*Honduras, El Salvador, d.Red.*), ist jedoch vergleichbar mit den Zahlen in Mexiko und Kolumbien. Dennoch hält die guatemalteckische Regierung diese Zahlen für einen Erfolg ihrer Arbeit. Im Januar 2019 versicherte Jimmy Morales in einem Regierungsbericht, dass es in seiner Amtszeit einen beträchtlichen Rückgang der Mordrate gegeben habe. Auch im Juli diesen Jahres, während der Feierlichkeiten zum 22. Geburtstag der Nationalen Polizei PNC, verwies der Staatssekretär im Innenministerium, Enrique Arévalo, auf die Bedeutung dieser Zahlen.

Der Forscher Carlos Mendoza erklärte, dass „der Rückgang der Mordrate kein Erfolg sei, den sich diese Regierung alleine anheften kann“, sondern dass dieser seit Oktober 2009 bestehe und damit drei verschiedenen Regierungen anzurechnen sei. Er erläuterte, dass eine Ursache die Reformen aus dem Jahr 2006 seien, insbesondere das Gesetz gegen die organisierte Kriminalität. Dieses Gesetz ermöglicht es unter anderem, unmittelbare Informationen zu erhalten, verdeckte Operationen durchzuführen und über Anrufe zu intervenieren. Damit könnten MP und PNC Telefongespräche abhören, womit laut dem letzten Bericht der CICIG 700 Morde pro Jahr verhindert worden seien. (Nómada)

## Liliana Hernández: Mein Beitrag ist ein Maiskorn, Teil 2: Die Kandidatin der Winaq

Seit 10 Jahren engagiere ich mich bei Winaq, identifiziere mich mit den Prinzipien der Bewegung und wollte wissen, wie eine politische Partei funktioniert. Die politische Arbeit interessierte mich, obwohl ich wusste, dass Politik keinen guten Ruf hatte und mit Korruption assoziiert wurde. Trotzdem habe ich mich der Partei angeschlossen, unterstützte sie bei der politischen Bildung der Mitglieder und involvierte mich in die Arbeit. Ich hatte damals noch keine Aspirationen, für irgendein Amt zu kandidieren, ich wollte einfach dieses politische Instrument stärken.

Mein Leben als Frau war nicht einfach in einem patriarchalen und machistischen Umfeld. Dieses beschränkte sich leider nicht nur auf den familiären Bereich, sondern durchdrang auch das öffentliche Leben. Selbst bei der Ausübung der politischen Rechte stiess ich immer wieder auf Hindernisse, denn es fehlte überall am Bewusstsein, dass die Frauen doppelter und dreifacher Belastungen ausgesetzt sind und es eine affirmative Politik braucht, um Frauen gleichberechtigt miteinzubeziehen. Es gibt Männer, die glauben, dass Frauen sich einfach ihren Raum nehmen müssen, dabei gibt es diesen Raum für uns oftmals gar nicht.

Die gegenseitige Unterstützung der Frauen innerhalb der Partei Winaq war ausschlaggebend um die Kandidaturen von Frauen als BürgermeisterInnen, Abgeordnete und, in meinem Fall, als Vizepräsidentenskandidatin zu erreichen. Ich konnte dabei auch auf den Rückhalt der von der traditionellen Weltsicht ("cosmovisión ancestral") beeinflussten weisen Beraterinnen (aj`quijab`) zählen.

Am 20. Januar 2019 wurde ich als Vizepräsidentenskandidatin für die Partei Winaq gewählt, zusammen mit dem Präsidentschaftskandidat Manuel Villacorta, einem Akademiker und Journalisten mit sozialem Bewusstsein. Es war ein historisches Moment, denn meine Kandidatur als indigene Frau entsprach einem sozialen Bedürfnis nach tiefgehender Veränderung in der korrupten Politiker-Klasse des Landes. Es öffnete auch den Weg für andere indigene Frauen sowie für Indigene generell, denn mit meiner Kandidatur wurde das traditionelle System herausgefordert, das normalerweise Kandidat\*innen aufstellt, welche der ökonomischen Elite des Landes dienen. Winaq hingegen hat Kandidat\*innen aufgestellt, die zum ersten Mal an Wahlen teilnahmen, denen keinerlei Korruptionsvorwürfe anlasteten, die vom Land kamen, in den Medien unbekannt waren - neue Gesichter in der politischen Landschaft, aber mit einer soliden Vergangenheit als Verteidiger\*innen der Rechte.

Es ist wichtig zu erwähnen, dass die erste indigene Frau, die sich als Vizepräsidentenskandidatin aufstellen liess, die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú Tum war. Auch sie vertrat die Bewegung Winaq. Auch sie war Diskriminierung und Rassismus ausgesetzt und sie inspirierte mich, das Amt anzunehmen und mich ähnlichen Diskriminierungen auszusetzen. Ich kandidierte als Maya-Frau, in den Medien war ich unbekannt, doch in den Gemeinden und Dörfern, wo ich gearbeitet habe, kannte man mich und mein Engagement für eine Transformation dieses Landes. Meine Kandidatur wurde gut aufgenommen, denn wir verbreiteten Hoffnung auf Veränderung, auf eine Umkämpfung der korrupten politischen Elite, auf Einschluss der am wenigsten entwickelten indigenen Frauen und Völker. Der zentrale Punkt war, an uns und in unsere Kapazitäten als indigene Frauen zu glauben, eine grosse soziale Verpflichtung zu haben und uns bewusst zu sein, dass wir uns in einem feindlichen Umfeld bewegen und uns gegen das offizielle System für den Aufbau von Demokratie einsetzen.

Es brauchte Mut zu akzeptieren, dass wir mit ungleichen Voraussetzungen in diese Wahlen gingen, um überhaupt in der Lage zu sein, das System jener politischen Parteien herauszufordern, die sich zu einem merkantilistischen Instrument machten, um an die Macht zu kommen. Eine Ideologie, ein nationales Projekt hatten diese Parteien nicht.

Winaq verfügte einzig über das vom Obersten Wahlgericht zur Verfügung gestellte Geld für unsere Wahlkampagnen, ca. 380.000 Q (knapp 50.000 CHF bzw. ) im Vergleich zu den rund 7 Mio. Q (rund 900.000 CHF) an finanziellen Mitteln, über welche die Regierungspartei FCN verfügte. Das heisst, wir hatten einen ökonomischen Nachteil gegenüber den Millionen, über die andere Dank nicht deklariertes Schwarzgeld verfügten.

Wir hatten drei Monate Zeit für unsere Kampagne und um uns bekanntzumachen. Unsere Strategie war es, nahe beim Volk zu sein, wir besuchten abgelegene Gemeinden und wir wurden dort mit Bohnen und Tortillas empfangen, manchmal mussten wir lange Fussmärsche machen, besuchten die Märkte und sprachen auf Augenhöhe mit den Leuten, vor allem mit den Frauen. Es gab immer Leute, die uns kritisierten, die gegen uns und von der Politik frustriert waren. Wir hörten uns aber auch ihre Sorgen und Bedürfnisse an und es gab Leute, die uns um Flugblätter baten, die sie weiterverteilen wollten. So konnten wir auch mit kleinem Budget viel erreichen.

Wir haben unsere Stimmen nicht mit irgendwelchen Versprechen oder Geschenken gekauft und auch die Leute nicht mit Bussen zu den Wahllokalen gefahren wie das andere Parteien machten. Deshalb sind wir sehr stolz, dass wir trotzdem 230.000 Stimmen erhalten haben, was 5,21% aller abgegebenen Stimmen bedeutet. Wir haben somit den siebten Platz erlangt, hinter sechs Parteien, die bekannt dafür sind, dass sie ihre WählerInnen klientelistisch behandeln und mit Geld oder Waren die Stimmen kaufen.

Es gab auch solidarische Medien, die uns unterstützen und auch in den nationalen Medien erhielten wir etwas Raum. Doch da wurden wir oft mit Rassismus konfrontiert, der leider oft in den Medien reproduziert wird. In einem der Interviews sprach man mich auf meine Meinung zu kontroversen Themen wie Gender, das indigene Recht, Abtreibung und die gleichgeschlechtliche Heirat an und fragte, was ich von den sog. "Landbesetzungen" halte. Sowohl der Präsident-

schaftskandidat wie auch ich antworteten auf diese Fragen ehrlich und unserer Ideologie entsprechend. Aber am Schluss war ich es, die einem Shitstorm ausgesetzt war. Auf twitter erschien ein Foto von mir, meine Antwort zum Thema Venezuela und den Landbesetzungen wurde wiedergegeben und die primitiven Reaktionen darauf griffen mich als Frau und als Indigene an. Ich wurde als "India", "Maria", "Caituda" (von Caite = Sandalen) beschimpft, als Terroristin oder als Taugenichts. Da wurde mir wieder einmal bewusst, dass uns Indigenen immer noch das Stigma anhaftete, dass wir alleamt Terrorist\*Innen oder Kommunist\*innen sind. Offenbar fühlt sich das System bedroht von uns, wenn wir es wagen, es anzugreifen, unsere Rechte und unser Territorium zu verteidigen und in Entscheidungspositionen zu gelangen. Denn Diskriminierung ist nichts anderes als ein Ausdruck von Angst.

Tatsächlich ist es ein Wagnis für indigenen Leute, in die Politik zu gehen, vor allem wenn wir es mit dem Bewusstsein machen, dass wir eine andere Kosmvision haben, ein anderes Konzept von Macht. Für uns Maya K'iche' bedeutet Macht, uns in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen, ohne dass wir dafür Geld oder Anerkennung erwarten, sondern einzig die Achtung der Leute. Die Verteidigung der Naturgüter wie der Wald, das Wasser, das Land hat für uns Priorität, es geht darum, sie zu pflegen und zu schützen und nicht, sie heiss hungrig auszubeuten. Es braucht ein Gleichgewicht zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Überleben der natürlichen Güter.

Während der ganzen Wahlkampagne war unser höchster Wert die Ehrlichkeit, wir versprachen nicht mehr als das Mögliche. Ich habe die Ahnen der Maya um Schutz gebeten, denn ich wusste, dass sie entschieden hatten, dass ich diesen Weg gehe. Ich kann nicht sagen, ob es eine Mission oder ein Privileg war, aber ich bin sicher, dass die Frauen und die indigenen Völker ihre politische Partizipation verstärkt haben und sich differenziert für einen pluralen Staat, für ihre Anerkennung als Subjekte einsetzen. Subjekte mit Rechten, Subjekte, die von der Mutter Erde abhängig sind - und genau deshalb ist es uns bei Winaq so wichtig darauf hinzuweisen, dass die Beziehung zwischen der Mutter Erde und den Menschen neu gestaltet werden muss, welche dann als Basis für Entwicklung dient.

Ich habe gelernt, dass die ökonomischen Hürden, die Distanz zwischen der Stadt und dem Land, die Trennung von der Familie sowie strukturelle Probleme wie der Machismo, die Diskriminierung und der Rassismus einen nicht davon abhalten sollten, aktiv zu sein. Denn genau das will das kapitalistische und patriarchale System erreichen. Es braucht eine neue Form der sozialen Organisation, die über das hinausgeht, was wir bisher kennen und in der die indigenen Völker in ihrer Kosmvision und ihrem Territorium respektiert werden. Um das zu erreichen, müssen wir uns Zugang zu Räumen der politischen Partizipation verschaffen.

Für die indigenen Völker bleibt es eine Herausforderung, die Kontrolle über die natürlichen Güter, über unsere Spiritualität und unsere Art zu leben, uns zu organisieren und Politik zu machen zurückzuerlangen. Dafür bräuchte es einen politischen Konsens, der unsere Andersheit respektiert und die Aggression und Repression gegen die indigenen Völker unterbindet. Es bräuchte eine Veränderung des sozialen Denkens, das Bildung als Befreiung versteht und unser Wissen anerkennt - und es braucht vor allem eine neue Kultur der Bekämpfung der Korruption. Aber vor allem braucht es eine Gesellschaft, die bewusst und fähig zur Kritik ist. Das ist im Moment noch eine Utopie, denn die Frauen, die Kinder und die Jugend leiden an Unterernährung, Armut und haben keinen Zugang zu Gesundheit, Bildung und elementaren Grundrechten. Trotzdem müssen wir vorwärts schauen, wir haben die ersten Schritte getan. Und wie es im Pop Vuh heisst: "Es werde Tag, es komme die Morgenröte". Unsere Hoffnung, dass sich die Völker befreien, stirbt nicht. (Übersetzung und Bearbeitung: Barbara Müller vom Verein **¡Fijáte!**, der Herausgeberin dieses Nachrichtendienstes.)

## **¡Fijáte!**

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

[www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)

### **Redaktion:**

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Theresa Bachmann - [theresabachmann95@web.de](mailto:theresabachmann95@web.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

**Abo-Verwaltung:** [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

**Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:**

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6